Bitte beachten Sie den Sperrvermerk: 15.10.2026, 09 Uhr

PRESSEMITTEILUNG

Umfrage der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und der British Chamber of Commerce in Germany (BCCG)

Unternehmen fordern Nachbesserungen beim aktuellen EU-UK-Handelsabkommen (TCA)

- **Reformagenda:** 53 Prozent der Unternehmen priorisieren bei der anstehenden TCA-Überprüfung die Mobilität von Geschäftsreisenden und Beschäftigten, 49 Prozent effizientere Zoll- und Grenzprozesse.
- **Politische Forderungen:** 71 Prozent wünschen sich von der britischen Regierung bessere Handelsbeziehungen mit der EU, 73 Prozent von der deutschen Bundesregierung weniger Bürokratie im bilateralen Handel.
- **Brexit-Folge:** Das Warenvolumen im deutsch-britischen Handel ist seit dem Referendum um mehr als ein Drittel zurückgegangen.
- **Geschäftsausblick:** 81 Prozent der Unternehmen erwarten steigende Umsätze, nur 8 Prozent rechnen mit einem Rückgang.
- **Investitionen:** 61 Prozent planen 2026 keine Investitionen im Vereinigten Königreich, in den kommenden fünf Jahren sind es 49 Prozent.
- **Wachstumsfelder:** Digitalisierung, Verteidigung und Energiewende gewinnen an Bedeutung.

Berlin/London, 15. Oktober 2026 – Zehn Jahre nach dem Brexit-Referendum hoffen viele Unternehmen auf Erleichterungen bei der in Kürze stattfindenden Überprüfung des Handels- und Kooperationsabkommens (TCA) zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich. Sie gilt als Chance für spürbare Verbesserungen im grenzüberschreitenden Geschäft. Das zeigt der neue **German-British Business Outlook 2026** von KPMG in Deutschland und der British Chamber of Commerce in Germany (BCCG).

53 Prozent der Unternehmen priorisieren bei der Überprüfung des Abkommens die Mobilität von Geschäftsreisenden und Beschäftigten einschließlich Entsendungen, Arbeitserlaubnissen und Visa. 49 Prozent fordern effizientere Zoll- und Grenzprozesse. Weitere Schwerpunkte sind die gegenseitige Anerkennung von Produktstandards (32 Prozent) und ein besserer Marktzugang für Dienstleistungen (31 Prozent).

„Um das brachliegende Geschäftspotenzial im deutsch-britischen Korridor zu heben, muss die Überprüfung des EU-UK-Abkommens jetzt ernst genommen werden, müssen die anhaltenden Handelshemmnisse abgebaut und konkrete Erleichterungen beschlossen werden. Erst dann werden die Investitionen wieder steigen und die Wachstumspotenziale realisiert“, sagt **Andreas Glunz**, Bereichsvorstand International Business bei KPMG in Deutschland.

Generell wünschen sich 71 Prozent der befragten Unternehmen von der britischen Regierung bessere Handelsbeziehungen mit der EU. Das sind elf Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. 47 Prozent fordern einen Abbau der Handelsbarrieren, 32 Prozent vereinfachte regulatorische Rahmenbedingungen.

Auch von der deutschen Bundesregierung erwarten die Unternehmen mehr Engagement. 73 Prozent wünschen sich weniger Bürokratie im Handel zwischen beiden Ländern, 62 Prozent eine starke Unterstützung Deutschlands für ein neues Handelsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU. 49 Prozent sprechen sich für eine engere bilaterale Kooperation auf politischer und wirtschaftlicher Ebene aus.

„Jetzt ist der Moment, aus Annäherung Wachstum zu erzielen. Unternehmen brauchen belastbare Zusagen: einfachere Grenzen, berechenbare Visa und Regeln, die im Alltag funktionieren. Nur wenn politische Annäherung im Geschäft ankommt, wird aus unternehmerischem Optimismus auch nachhaltiges Wachstum“, ordnet **Michael Schmidt** ein, Präsident der British Chamber of Commerce in Germany.

Unternehmen ziehen gemischte Bilanz bei Wachstum und Handel

Die Forderungen nach einer Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen spiegeln die gemischte Bilanz der deutsch-britischen Wirtschaftsbeziehungen wider: Während viele Unternehmen ihre Geschäfte positiv entwickeln, bleibt der Warenhandel deutlich unter Vor-Brexit-Niveau.

Einerseits erzielten 48 Prozent der Unternehmen 2025 höhere Umsätze als im Jahr zuvor; 42 Prozent steigerten zudem ihren Gewinn nach Steuern. Jeweils nur 11 Prozent verzeichneten einen Rückgang. Für 2026 gehen 62 Prozent von einem Umsatzplus aus. Auf Fünf-Jahres-Sicht erwarten sogar 81 Prozent steigende Umsätze.

Andererseits brach das Handelsvolumen von 39,1 Millionen Tonnen im Jahr 2015 auf 24,2 Millionen Tonnen im Jahr 2025 und damit um fast 40 Prozent ein. Wertmäßig ging der bilaterale Handel im selben Zeitraum hingegen lediglich um 9 Milliarden Euro (-7%) auf 118,4 Milliarden Euro zurück. Die Inflation und außergewöhnlich hohe Goldexporte haben die rückläufige Entwicklung des physischen Handels teilweise überdeckt.

Investitionsbereitschaft bleibt verhalten

Die positiven Geschäftsaussichten haben bislang nicht zu höheren Investitionen geführt. 61 Prozent der Unternehmen planen im laufenden Jahr keine Investitionen im Vereinigten Königreich (2025: 41 Prozent). Auch über einen Fünfjahres-Horizont plant die Hälfte der Unternehmen (49 Prozent) keine Investitionen und nur 26 Prozent wollen mehr als fünf Millionen Euro investieren.

35 Prozent nennen die politischen Unsicherheiten im Vereinigten Königreich als wichtigstes Investitionshemmnis. Dies dürfte auch die politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre widerspiegeln: Seit dem Brexit-Referendum gab es im Vereinigten Königreich sieben Premierminister. Es folgen Zollverfahren und Handelsfriktionen mit der EU (30 Prozent) sowie schwache Nachfrageaussichten (25 Prozent).

Unternehmen sehen vielfältige Kooperationsmöglichkeiten

54 Prozent betrachten die Wachstumsperspektiven des britischen Marktes als zentrale Geschäftschance. 44 Prozent nennen transformierende Industrien und neue Geschäftsfelder. Unternehmen sehen die größten Wachstumschancen in Digitalisierung (57 Prozent), Verteidigung und Sicherheit (50 Prozent) sowie der Energiewende (43 Prozent). Auch Kooperationen mit Start-ups und auf Drittmärkten gewinnen an Bedeutung.

„Zehn Jahre nach dem Brexit-Referendum setzt sich in der britischen Wirtschaft zunehmend die Erkenntnis durch, dass der Brexit Handelshemmnisse verstärkt, Betriebskosten erhöht und Wachstumschancen verringert hat. Dies zeigt sich auch in den wachsenden Forderungen der Unternehmen nach einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, insbesondere in strategischen Bereichen wie Digitalisierung, Verteidigung und Sicherheit sowie der Energiewende“, **sagt Andreas Glunz.**

Unternehmen glauben an politische Annäherung – sind aber skeptischer als im Vorjahr

75 Prozent der befragten Unternehmen erwarten eine Annäherung zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU; 29 Prozent sogar eine deutliche Annäherung. Im Vorjahr lagen die Werte bei 85 beziehungsweise 40 Prozent.

85 Prozent geben an, dass eine erneute EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs ihre Investitionsentscheidungen positiv beeinflussen würde. 58 Prozent erwarten sogar einen stark positiven Effekt.

„Optimismus ersetzt keine Investitionen, daher gilt es jetzt: Taten statt Worte. Die Politik muss liefern, damit der Wirtschaftsmotor anspringen kann“, fasst **Michael Schmidt** zusammen.

Über den German British Business Outlook 2026:

KPMG in Deutschland und die British Chamber of Commerce in Germany (BCCG) haben für die diesjährige Umfrage deutsche Tochtergesellschaften mit Sitz im Vereinigten Königreich sowie britische Tochtergesellschaften mit Sitz in Deutschland befragt. Insgesamt nahmen 103 Unternehmen teil. Die Befragung fand zwischen dem 11. Juni und dem 27. August 2026 statt. 72 Prozent der befragten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, 28 Prozent im Vereinigten Königreich.

Pressekontakte

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Katrin Häbel
Leiterin Unternehmenskommunikation
+49 69 9587 4228
khaebel@kpmg.com
www.kpmg.com/de

British Chamber of Commerce in Germany (BCCG)
Corinna Schlag
+49 173 603 83 71
presse@bccg.de